



# 2009 LKABW

## Politisch motivierte Kriminalität

JAHRESBERICHT 2009



Baden-Württemberg

LANDESKRIMINALAMT



# IMPRESSUM

## **POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT**

### **JAHRESBERICHT 2009**

#### **HERAUSGEBER**

Landeskriminalamt Baden-Württemberg  
Taubenheimstraße 85  
70372 Stuttgart

Telefon 0711 5401-0  
Fax 0711 5401-3355  
E-Mail [stuttgart.lka@polizei.bwl.de](mailto:stuttgart.lka@polizei.bwl.de)  
Internet [www.lka-bw.de](http://www.lka-bw.de)

© LKA BW, 2010

*Diese Informationsschrift wird im Auftrag der Landesregierung Baden-Württemberg im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Verpflichtung zur Unterrichtung der Öffentlichkeit herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von deren Kandidaten oder Helfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für alle Wahlen.*

*Missbräuchlich sind insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen und an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel.*

*Untersagt ist auch die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.*

*Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl darf die vorliegende Druckschrift nicht so verwendet werden, dass dies als Parteinahme der Herausgeberin zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.*

*Diese Beschränkungen gelten unabhängig vom Vertriebsweg, also unabhängig davon, auf welchem Wege und in welcher Anzahl diese Informationsschrift dem Empfänger zugegangen ist.*

*Erlaubt ist jedoch den Parteien, die Informationsschrift zur Unterrichtung ihrer Mitglieder zu verwenden.*

# POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT



	2008	2009	IN %	
<b>PMK GESAMT</b>	<b>1.919</b>	<b>2.596</b>	<b>+ 35,3</b>	
„AUSLÄNDER“	228	193	- 15,4	
„RECHTS“	1.220	1.269	+ 4,0	
„LINKS“	364	940	+ 158,2	
„NICHT ZUZUORDNEN“	107	194	+ 81,3	

# INHALT

<b>1</b>	<b>ENTWICKLUNG DER POLITISCH MOTIVIERTEN KRIMINALITÄT</b>	<b>5</b>
	Überblick/Prognose	5
	PMK „Links“	5
	„Rechts/Links“-Konfrontationen	7
	PMK „Rechts“	8
	PMK „Ausländer/Islamismus“	11
<b>2</b>	<b>HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN/GETROFFENE MASSNAHMEN</b>	<b>14</b>
	Getroffene Maßnahmen – „Links“	14
	Handlungsempfehlungen – „Links“	14
	Getroffene Maßnahmen – „Rechts“	15
	Handlungsempfehlungen – „Rechts“	16
	Getroffene Maßnahmen – „Ausländer/Islamismus“	16
	Präventionshinweise – Islamismus	17
	Handlungsempfehlung – Islamismus	18
<b>3</b>	<b>ANLAGEN</b>	<b>20</b>
	Ansprechpartner	27

## 1 ENTWICKLUNG DER POLITISCH MOTIVIERTEN KRIMINALITÄT

### ÜBERBLICK/PROGNOSE

Die weltweite Bedrohung durch den islamistischen Terrorismus hält unvermindert an. Die Gefährdung für deutsche Interessen begründet sich dabei vor allem durch den Bundeswehreinsatz in Afghanistan. Dies kommt in einer Vielzahl von Internetverlautbarungen zum Ausdruck. Die seit Beginn des Jahres 2009 und insbesondere im Vorfeld der Bundestagswahl offensichtlich mit dem Ziel der Einflussnahme verstärkt unmittelbar gegen Deutschland gerichteten Drohungen haben dabei eine neue Qualität erreicht.

Im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) ist im Jahr 2009 ein deutlicher Anstieg der registrierten Fallzahlen um 677 auf insgesamt 2.596 (+ 35,3 %) Delikte zu verzeichnen. Im Zehnjahresvergleich liegt die Zahl deutlich über dem Mittelwert von 1.968 Fällen und hat sogar den Höchststand von 2006 um 303 Delikte überschritten. Der Anstieg resultiert hauptsächlich aus der Zunahme der Fallzahlen im Bereich der PMK „Links“ um 576 auf insgesamt 940 (+ 158,2 %) Straftaten sowie der Zunahme der nicht zuzuordnenden Straftaten um 87 auf 194. Im Bereich der PMK „Rechts“ ist eine leichte Steigerung um 49 auf 1.269 (+ 4,0 %) Delikte zu verzeichnen. Die politisch motivierte Ausländerkriminalität ging deutlich um 35 auf 193 Fälle zurück.

Politisch motivierte Gewaltdelikte sind im Jahr 2009 um 42 auf 175 Fälle gestiegen. Der gravierenden Zunahme der Gewaltdelikte im Bereich „Links“ um 65 auf 96 steht der moderate Rückgang in den Bereichen der PMK „Rechts“ um 8 auf 48 und PMK „Ausländer“ um 13 auf 29 gegenüber.

### PMK „LINKS“

Die Fallzahlen im Bereich der PMK „Links“ weisen eine deutliche Zunahme um 576 auf 940 (+ 158,2 %) Straftaten auf, womit der rückläufige Trend der Vorjahre (2006: 685; 2007: 380; 2008: 364) durchbrochen ist. Die Aufklärungsquote ist um sechs Prozentpunkte auf 28,2 % gestiegen. Ursächlich für die weiterhin niedrige Aufklärungsquote ist die hohe Zahl der Sachbeschädigungsdelikte, bei denen eine Tataufklärung erfahrungsgemäß selten gelingt. Die Fallzahlen 2009 markieren den Höchststand im Zehnjahresvergleich und heben sich auch deutlich von der seitherigen Spitze im Jahr 2006 (685 Straftaten) ab. Der Zehnjahresdurchschnitt liegt bei 491 Straftaten. Eine bestimmende Einflussgröße für diese Entwicklung im Berichtsjahr waren herausragende Ereignisse wie der NATO-Gipfel 2009 (89 Delikte), die Europa- und Kommunalwahl (114 Delikte) und die Bundestagswahl (156 Delikte), mit denen anlassbezogene Straftaten einhergingen. Ohne diese Delikte (359 Fälle) fiel die Zunahme deutlich geringer aus.

Der quantitative Deliktsschwerpunkt liegt insgesamt bei den Sachbeschädigungen (+ 378 auf 616 Fälle), gefolgt von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz (+ 66 auf 95 Fälle) und Beleidigungsdelikten (+ 20 auf 55 Fälle).

### **GEWALTDELIKTE**

Die Gewaltdelikte sind im Jahr 2009 um 65 auf 96 Fälle angestiegen. Die zunehmende Gewaltbereitschaft spiegelt sich im Anstieg der Körperverletzungsdelikte um 35 auf 51 Fälle, der Widerstandshandlungen um 25 auf 30 Fälle, aber auch der Branddelikte um sechs auf sieben Fälle wieder. Insgesamt 71 Gewaltdelikte wurden im Rahmen von Demonstrationen begangen. Das zeigt das deutlich gestiegene Gewaltpotential der linken Szene bei Demonstrationen. Vor allem Widerstandshandlungen und Körperverletzungsdelikte sind deutlich gestiegen. Die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten stieg um 11,7 Prozentpunkte auf 69,8 %.

### **ORGANISATIONSSTRUKTUREN**

Die linksextremistische Szene ist als Sammelbecken verschiedenster Strömungen und Ideologien innerhalb der politischen Linken anzusehen, die sich ablehnend gegenüber der parlamentarischen Demokratie und dem bestehenden Wirtschaftssystem zeigt. Sie ist weniger von homogenen Strukturen, sondern vielmehr durch bunte Vielfalt bei breit gefächerten Interessenlagen geprägt. Folgerichtig werden insbesondere gesellschaftliche, politische oder zeitgeschichtliche Ereignisse aufgegriffen, thematisiert und zum Anlass für Mobilisierungen, Kundgebungen und Aktionen genommen. Daneben werden „Dauerthemen“ wie Antiimperialismus, Antikapitalismus oder die generelle Ablehnung staatlicher Gewalt (Repression) zur Begründung für Aktionen herangezogen.

### **BRANDLEGUNGEN AN FAHRZEUGEN UND GEBÄUDEN**

Im Jahr 2009 stieg die Zahl der politisch linksmotivierten Branddelikte in Baden-Württemberg um sechs auf sieben Fälle. Ziel der Branddelikte waren Fahrzeuge der Firma DHL, der Bundeswehr, Dienstfahrzeuge der Bundes- und Landespolizei, sowie zwei Privatfahrzeuge. Zudem war eine Niederlassung der Firma Siemens betroffen. In den Selbstbezeichnungen wird die Firma DHL durch die „militanten Antimilitaristen“ u. a. als „Logistik-Partner der Bundeswehr“ tituliert, verknüpft mit der Aufforderung zur Abschaffung der NATO. Die Bundeswehrfahrzeuge wurden durch „autonome Antimilitaristen“ und „engagierte Antimilitaristinnen“ angegriffen. Zur Legitimierung wurde u. a. angeführt, dass „Angriffskriege und Besetzungen wie in Afghanistan durch die Bundeswehr“ nicht geduldet werden. In Form der „Zerstörung von Kriegsmaschinen“, die ein „legitimes Mittel darstelle“, werde der „Kampf gegen Krieg und Ausbeutung“ mit der Zielrichtung geführt, die „Kriegsindustrie“ lahmzulegen. Die Inbrandsetzung eines Polizeifahrzeugs wurde als Reaktion auf „repressive Politik“ und „ständige gewalttätige Polizeiübergriffe auf DemonstrantInnen“ deklariert. Der Brandanschlag auf zwei Privatfahrzeuge wiederum, wurde als Reaktion auf „staatliche Repression gegen die linke Szene“ dargestellt. Neben eher dogmatischen Ansätzen, wie dem Kampf gegen Krieg und Ausbeutung oder auch staatlicher Repression, erfolgen offenbar auch unmittelbare Reaktionen auf vermeintliches Unrecht des staatlichen „Repressionsapparates“.

# „RECHTS/LINKS“-KONFRONTATIONEN

## **OUTING-AKTIONEN VON PERSONEN DES RECHTEN SPEKTRUMS DURCH DIE LINKE SZENE**

Im Jahr 2009 waren insgesamt 16 (2007 und 2008 jeweils 14) sog. „Nazi-Outing-Aktionen“ der linken Szene gegen Rechtsextremisten zu verzeichnen. Zu körperlichen Übergriffen auf geoutete Personen kam es bisher nicht, allerdings wurden durch Farbschmierereien an Fahrzeugen und Wohnungen der geouteten Personen Sachschäden verursacht. Die Outing-Aktionen erfolgten mittels Internet, Flugblättern/Flyern im Wohnumfeld der Geouteten bzw. durch das Skandieren von Parolen vor ihren Wohnungen. Auf welche Art und Weise die Täter an die Daten der Geouteten gelangten, ist nicht bekannt. Im Jahr 2009 konnte allerdings eine deutliche Steigerung der Qualität der erlangten persönlichen Daten festgestellt werden.

## **„RECHTS/LINKS“-KONFRONTATIONEN**

Im Rahmen von Konfrontationen, ausgehend von der linken Szene, kam es im Jahr 2009 zu einer Steigerung um 368 auf 519 Delikte. Davon fanden 138 Konfrontationen im Rahmen von Demonstrationen und Gegendemonstrationen statt. Bei 50 Straftaten handelte es sich um Gewaltdelikte. Die Hemmschwelle zur Gewaltanwendung ist erkennbar gesunken. Widerstandshandlungen sind von 5 auf 30 Fälle gestiegen. 29 dieser Widerstandshandlungen wurden im Rahmen von Demonstrationen registriert, davon allein 17 Delikte während der nicht angemeldeten Demonstration der linken Szene in Freiburg am 14.11.2009. Der Anstieg dürfte neben einer deutlich gestiegenen Gewaltbereitschaft der linken Szene auch auf die konsequente Strafverfolgung durch die polizeilichen Einsatzkräfte zurückzuführen sein.

Die von der rechten Szene ausgehenden Konfrontationen stiegen um 165 auf 213 Fälle. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen kam es hierbei in 21 Fällen (2008: 13). Im Rahmen von Demonstrationen kam es zu 17 Auseinandersetzungen (2008: 5), bei denen 3 Gewaltdelikte (2008: 0) begangen wurden.

Das Demonstrationsgeschehen am 01.05.2009 in Ulm stellt insofern ein Novum dar, als hier die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)/Junge Nationaldemokraten (JN) ein traditionell von linksorientierten Kräften besetztes Thema aufgegriffen hat. Der Verlauf erreichte ein bis dato in Baden-Württemberg nicht bekanntes gewalttätiges Ausmaß. Er stellt ein weiteres Indiz für das hohe Gewalt- und Konfliktpotenzial dar, das für „Rechts/Links“-Auseinandersetzungen kennzeichnend ist. Es muss weiter damit gerechnet werden, dass rechtsorientierte Kräfte symbolträchtige und medienwirksame Ereignisse der Zeitgeschichte aufgreifen. Dies mobilisiert neben bürgerlichem Widerstand auch gewaltgeneigte Gegenreaktionen der linken Szene. Hierbei besteht die Gefahr der Verwischung der Konturen beider Lager. Nicht selten werden Anliegen friedlicher gesellschaftlich-bürgerlicher Kräfte aufgegriffen und für eigene Zwecke bis hin zur Begehung von Straftaten ausgenutzt oder im Schutz der friedlichen Menschenmenge begangen.

Die grundsätzliche Nichtanerkennung staatlicher Autorität und der gesellschaftlichen Werteordnung sowie eine gesteigerte Respektlosigkeit gegenüber Justiz-, Sicherheits- und Ordnungsbehörden münden in ein hohes Maß an Aggressivität und Gewaltbereitschaft. Da in der Regel keine trennscharfe Grenze zwischen legitimem politischen Anliegen und dessen Artikulation auf der einen Seite

## PMK „RECHTS“

und dem missbräuchlichen „Aufgreifen“ andererseits erkennbar ist, besteht die Gefahr von Solidarisierungseffekten. Nach derzeitiger Bewertung können zwar Straftaten mit der Absicht einer gezielten Tötung ausgeschlossen werden; jedoch ist von einer weiteren Eskalation zum Nachteil polizeilicher/staatlicher Einrichtungen sowie Einsatzkräften (Körperverletzungen, auch unter Verwendung von Brandmitteln sowie Widerstandsdelikte) auszugehen.

### PMK „RECHTS“

Die Fallzahlen im Bereich der PMK „Rechts“ stiegen um 49 auf 1.269 Straftaten (+ 4,0 %). Die registrierten Delikte der PMK „Rechts“ liegen im Zehnjahresvergleich nahe beim Durchschnittswert (1.192). Der quantitative Schwerpunkt liegt bei Sachbeschädigungsdelikten (+ 117 auf 220 Fälle) und Volksverhetzungsdelikten (+ 27 auf 174 Fälle). Bei den Propagandadelikten (§§ 86, 86a Strafgesetzbuch) hingegen liegt ein Rückgang um 119 auf 734 Fälle vor. Die Fallzahlenentwicklung zeigt sich insgesamt regional uneinheitlich. Herausragend ist die Steigerung im Bereich des Polizeipräsidiums Stuttgart um 72 auf 211 Fälle, die im Wesentlichen auf Straftaten im Zusammenhang mit der Bundestagswahl (92 Fälle) sowie der Europawahl (15 Fälle) zurückzuführen ist. Eine Zunahme der Fallzahlen ist ebenfalls bei den Polizeidirektionen (PDen) Aalen (+ 16 auf 33 Straftaten), Ludwigsburg (+ 19 auf 65 Straftaten) und dem Polizeipräsidium Mannheim (+ 20 auf 51 Straftaten) zu verzeichnen, ohne dass hierfür klare Ursachen ersichtlich sind.

Im Bereich „Fremdenfeindlichkeit“ lag ein deutlicher Rückgang um 24 auf 214 Straftaten vor. Die Anzahl antisemitisch motivierter Straftaten stieg um 25 auf 152 Fälle und markiert damit exakt den 10-Jahres-Durchschnitt. Der Schwerpunkt der antisemitisch motivierten Straftaten liegt deutlich bei den Volksverhetzungsdelikten (+ 29 auf 87), hierbei handelt es sich vornehmlich um Farbschmierereien mit antisemitischer Botschaft. Im Bereich der Polizeidirektion Esslingen ist eine Steigerung der antisemitisch motivierten Straftaten (+ 17 auf 23) zu verzeichnen. Bei 17 Delikten handelt es sich um Volksverhetzungsdelikte, die durch Farbschmierereien mit antisemitischen Botschaften begangen wurden. Die Anzahl der Schändungen von jüdischen Friedhöfen und Gedenkstätten hat sich mit 7 Fällen im Jahr 2009 im Vergleich zum Vorjahr mit 13 Fällen annähernd halbiert.

Die Aufklärungsquote PMK „Rechts“ ging um 3,3 Prozentpunkte auf 31,0 % zurück. In den Themenfeldern „Fremdenfeindlichkeit“ und „Antisemitismus“ lag sie bei 48,1 % bzw. bei 32,9 %. Die Gründe für diesen relativ niedrigen Wert liegen im hohen Anteil an Propaganda- und Sachbeschädigungsdelikten, die generell ein geringeres Entdeckungsrisko bergen und häufig nicht aufgeklärt werden können.

### GEWALTDELIKTE

Im Bereich der Gewaltdelikte ist ein Rückgang um 8 auf 48 Fälle zu verzeichnen. Die Gewaltdelikte in den Themenfeldern „Fremdenfeindlichkeit“ sanken um 7 auf 19 Fälle bzw. „Antisemitismus“ um zwei auf drei Fälle. Die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten stieg auf 79,2 % (Vorjahr: 75,0 %).

**AUTONOME NATIONALISTEN**

Das Auftreten sog. „Autonomer Nationalisten“ (AN) ist als eine Form des militanten Neonazismus zu verstehen, die sich sowohl hinsichtlich des äußeren Erscheinungsbildes als auch vom gewohnten Verhalten der Neonazi-Szene bewusst abhebt. Dabei ist weniger von einer neuen Organisationsform auszugehen. Vielmehr wird damit eine bestimmte Aktionsform beschrieben.

Anhänger der AN sind dem aktionsorientierten Rechtsextremismus zugehörig. Autonomer Nationalismus überschneidet sich unter anderem mit den Aktionsformen der „Freien Kräfte“, der „Autonomen Kameradschaft“ und der „Nationalen Sozialisten“.

**SKINHEADSZENE**

Die Skinheadszenen als rechte Subkultur weist keine klaren Strukturen auf. Die besondere Gefährlichkeit der Szene liegt in der Verbreitung nationalsozialistischen Gedankenguts und der nicht weniger gefährlichen integrativen Wirkung der szenentypischen Musik insbesondere auf Jugendliche.

**LANDESWEITES PROGRAMM „AUSSTIEGSHILFEN RECHTSEXTREMISMUS“**

Seit Bestehen des Programms 2001 wurden in Baden-Württemberg von den Staatsschutzdienststellen insgesamt 3.093 Personen (+ 182) als potenzielle Zielpersonen benannt. Auf einen möglichen Ausstieg wurden dabei bislang 1.916 Personen (+ 174) angesprochen. Unter Betrachtung bereits Ausgestiegener und Abzug abgebrochener Betreuungsverhältnisse sowie der Berücksichtigung absolut Ausstiegsunwilliger verblieben zum Jahresende 2009 insgesamt 504 (- 19) anspracherelevante Personen.

Seit Beginn des Programms sind mit Hilfe der Polizei 346 Personen (+ 32) aus der „rechten“ Szene ausgestiegen, davon 140 mit Hilfe der „Beratungs- und Interventionsgruppe gegen Rechtsextremismus“ (BIG Rex) des Landeskriminalamtes Baden-Württemberg (LKA BW). Im Jahr 2009 führte oder beteiligte sich die BIG Rex an 266 (+ 17) der landesweit 410 (- 37) mit Szeneangehörigen geführten Gesprächen. Die Aussteigergewinnung und -betreuung teilen sich die Staatsschutzdienststellen mit den landesweit tätigen Angehörigen der BIG Rex.

**SKINBANDS/-KONZERTE UND SONSTIGE RECHTSEXTREMISTISCHE MUSIKVERANSTALTUNGEN**

Zum Jahresende 2009 gab es in Baden-Württemberg elf aktive Skinbands (2008: 14). Bei vier der aus dem Jahr 2008 bekannten Skinbands konnten 2009 keine Aktivitäten mehr festgestellt werden.

Eine Skinband wurde im Jahr 2009 neu bekannt. Damit setzt sich der bereits 2007/2008 festgestellte Rückgang der in Baden-Württemberg bekannten rechtsextremistischen Musikgruppen fort. Während die Anzahl der aufgelösten Skinkonzerte in Baden-Württemberg sich im Vergleich zum Vorjahreszeitraum leicht verringerte (2009: eins von acht; 2008: drei von neun), konnte die Anzahl der im Vorfeld verhinderten Konzerte im Jahr 2009 von eins auf fünf erhöht werden. Die Besucherzahl der im Jahr 2009 bekannt gewordenen rechtsextremistischen Musikveranstaltungen lag in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle bei ca. 100 Teilnehmern und zeigt damit kaum eine Veränderung zum

vergangenen Jahr. In der rechten Szene dürfte die gestiegene Zahl der im Vorfeld verhinderten Musikveranstaltungen für eine deutliche Verunsicherung sorgen, da wirtschaftliche Aspekte von besonderer Bedeutung sind. Die sich schon über Jahre hinweg abzeichnende Tendenz zur konspirativen Durchführung klein dimensionierter Musikveranstaltungen mit entsprechend geringerem Entdeckungsrisiko setzt sich weiter fort.

Im Jahr 2009 wurden insgesamt fünf neue Tonträger der aus Baden-Württemberg stammenden Bands bekannt, wobei eine dieser CDs im Rahmen eines Bandprojekts veröffentlicht wurde. Die 2009 erschienene CD „Der harte Takt“ der Band „Kommando 88“ wurde bereits von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) indiziert. Diese CD wurde darüber hinaus der Staatsanwaltschaft Stuttgart zur strafrechtlichen Würdigung der Musiktitel vorgelegt. Einzelne Titel von Skinbands aus Baden-Württemberg konnten darüber hinaus auf im Jahr 2009 neu erschienenen Samplern festgestellt werden.

### **NATIONALSOZIALISTISCHE GEWALTVERBRECHEN**

Die Ermittlungsgruppe „Nationalsozialistische Gewaltverbrechen“ (EG NSG) wird die Aufarbeitung der während des Dritten Reiches begangenen nationalsozialistischen Gewaltverbrechen nach einem Beschluss der Leiter Polizeiliche Aufgaben mit Unterstützung der Landespolizei bis einschließlich Ende des Jahres 2010 fortsetzen. Die Abordnungen der Beamten der Landespolizei wurden angesichts der sehr umfangreichen Aufgabenstellung entsprechend verlängert.

Aktuell werden von der EG NSG elf Verfahren bearbeitet. Die meist sehr langwierigen und komplexen Verfahren wegen Mordes haben überwiegend Massaker an der Zivilbevölkerung mit Tatorten im europäischen Ausland zum Gegenstand.

Ein Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft Stuttgart zeigt, dass Ermittlungen auch nach Ablauf von 60 Jahren erfolgreich geführt werden können: Auf dem US-Airfield in Echterdingen waren im Jahr 2005 bei Bauarbeiten 34 Skelette entdeckt worden. Vom Herbst 1944 bis Januar 1945 hatte sich dort ein Arbeitslager mit 600 KZ-Häftlingen befunden. Die Staatsanwaltschaft Stuttgart leitete auf Grund des Fundes ein Ermittlungsverfahren wegen Verdacht des Mordes ein und betraute die EG NSG mit den Ermittlungen. Der Staatsanwaltschaft Stuttgart und dem LKA BW gelang es, 32 von 34 der im Jahre 2005 auf dem US-Airfield in Echterdingen aufgefundenen Skelette zuzuordnen.

Diesbezüglich berichteten die Stuttgarter Nachrichten am 27. November 2009 von einer „historischen Sensation“. Die Verantwortlichen für die Tötungsdelikte sind mittlerweile verstorben.

### **SPIONAGE, PROLIFERATION, LANDESVERRAT**

Aktuell werden drei Vorgänge wegen Landesverrats bearbeitet. Darüber hinaus werden nachträglich Fälle des Verrats von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen geprüft, bei denen eine staatlich gesteuerte Spionage nicht ausgeschlossen werden kann.

## **PMK „AUSLÄNDER/ISLAMISMUS“**

Der Rückgang der Fallzahlen der politisch motivierten Ausländerkriminalität im Jahresvergleich 2008/2009 von 228 auf 193 Straftaten resultiert einerseits aus einer geringeren Anzahl politisch motivierter Sachbeschädigungen in Form von Farbschmierereien und andererseits aus den Ereignissen anlässlich der Europameisterschaft 2008, während der es bei Spielen der türkischen Nationalmannschaft zu wechselseitigen gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen türkisch- und kurdischstämmigen Personen kam. Ebenso dürfte die etwas entspannte Situation der Kurden in der Türkei und die leicht verbesserten Haftbedingungen von Abdullah Öcalan im Jahr 2009 für den Rückgang der Straftaten ursächlich sein. Das Verbot der kurdischen „Partei für eine demokratische Gesellschaft“ (DTP) in der Türkei im Jahr 2009 hatte bislang kaum Auswirkungen auf die Sicherheitslage in Deutschland. Zwar wurden durch kurdische Vereine und Organisationen bundesweit Demonstrationen organisiert, diese verliefen aber weitestgehend gewaltfrei.

Bereits im Jahr 2008 wurden ca. 58 % der politisch motivierten Straftaten von Ausländern im Bereich des Polizeipräsidiums (PP) Stuttgart registriert. Dieser Trend setzte sich im Jahr 2009 mit ca. 62 % der Straftaten im Bereich des PP Stuttgart fort.

## **GEWALTDELIKTE**

Die Gewaltdelikte im Bereich politisch motivierte Ausländerkriminalität haben sich um 13 auf 29 Straftaten verringert. Hauptgrund für den Rückgang ist, wie auch bei den Gesamtfallzahlen, das Fehlen herausragender kriminalitätsfördernder Ereignisse. Es gibt jedoch Hinweise auf eine ansteigende Gewaltbereitschaft bei kurdischen Jugendlichen. Hier waren Opfer der Gewaltdelikte vorwiegend türkischstämmige Personen sowie Polizeibeamte im Rahmen von Demonstrationseinsätzen. Jüngstes Beispiel sind die am 19.12.2009 begangenen Straftaten in Stuttgart anlässlich eines angemeldeten Aufzugs mit Kundgebung des örtlichen kurdischen Vereins mit bundesweiter und internationaler Beteiligung kurdischer Jugendlicher (vornehmlich aus Nordrhein-Westfalen und dem benachbarten Ausland). Auffällig war die hohe Zahl der auswärtigen Teilnehmer, aus deren Kreis die Mehrzahl der Straftaten begangen wurde. Die gewalttätigen Auseinandersetzungen im Rahmen von Demonstrationen stellen bisher eine absolute Ausnahme in Baden-Württemberg dar. Allerdings zeigten der Mobilisierungsgrad sowie das Demonstrationsgeschehen einen hohen bundesweiten Organisationsgrad sowie eine erhebliche Vernetzung der deutschen und kurdischen Linken auf.

## **GEFÄHRDUNGSLAGE ISLAMISTISCHER TERRORISMUS**

Islamistische Terrorgruppen haben im Jahr 2009 nachhaltig ihre Absicht belegt, in Europa und insbesondere auch in Deutschland Anschläge verüben zu wollen. Diese Gruppierungen versuchten im vergangenen Jahr mit zuvor nicht gekannter Intensität, in Deutschland aufgewachsene Muslime für den „Heiligen Krieg“ (Jihad) zu rekrutieren. Hierfür wurden in den zurückliegenden Monaten verstärkt deutschsprachige Videobotschaften auf einschlägigen Internetseiten veröffentlicht. In den Verlautbarungen wird vor allem das unverändert hohe Engagement Deutschlands in Afghanistan

## PMK „AUSLÄNDER/ISLAMISMUS“

als Rechtfertigungsgrund für Anschläge gegen deutsche Interessen im In- und Ausland durch islamistische Organisationen deutlich herausgestellt. Der Ausbau der militärischen Verantwortung der Bundeswehr wird dabei von Al-Qaida (AQ) und anderen dem globalen Jihad verpflichteten Organisationen instrumentalisiert. Die Botschaften zielen nicht nur auf bestehende islamistische Netzwerkstrukturen ab, sondern fördern auch die Motivation nicht operativ angebundener Einzelpersonen. Darüber hinaus soll diese Propagandataktik auf Dauer die Verfügbarkeit eines islamistischen Täterpotenzials in Deutschland sicherstellen.

Seit Beginn des Jahres 2009 stellen die Sicherheitsbehörden verstärkt Ausreisebewegungen von Personen aus dem gewaltbereiten islamistischen Spektrum in Deutschland fest, welche sich zum Zweck einer islamistisch-terroristischen Ausbildung in das afghanisch-pakistanische Grenzgebiet begeben haben bzw. dorthin begeben wollen. Die im letzten Jahr festgestellte Vielzahl von Ausreisen und Ausreiseversuchen der entsprechenden Klientel, sowie der Umstand bereits erfolgter bzw. möglicher Wiedereinreisen dieser Personen, sind besorgniserregend. Mit dem Abschluss einer terroristischen Ausbildung ist davon auszugehen, dass der betreffende Personenkreis bereit ist, sich am bewaffneten Jihad zu beteiligen. Diese Beteiligung schließt insbesondere die Möglichkeit der Verübung eines terroristischen Anschlages mit ein.

Mit Anschlägen gegen deutsche Interessen und Einrichtungen muss weiterhin gerechnet werden. Dies gilt in besonderem Maße für die Regionen Afghanistan/Pakistan und Maghreb/Sahel, aber auch für das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland selbst. Propagandaaktivitäten islamistischer Gruppierungen sind vermehrt zu erwarten. In Deutschland aufgewachsenen, jungen Muslimen und Konvertiten kommt in diesem Zusammenhang bei der Gefährdungsbewertung eine besondere Bedeutung zu.

### **JEMEN**

Am 25.12.2009 versuchte der nigerianische Staatsbürger Umar Farouk Abdulmutallab einen Sprengstoffanschlag mittels einer Unkonventionellen Spreng- und Brandvorrichtung (USBV) auf eine Passagiermaschine der Delta Airlines von Amsterdam nach Detroit durchzuführen. Der Anschlag schlug vermutlich nur aufgrund einer falschen Handhabung oder Bauweise der USBV fehl. Nach bisherigen Erkenntnissen soll sich Abdulmutallab vor seinem Anschlagversuch im Jemen aufgehalten und dort eine Koranschule besucht haben. Es wird vermutet, dass er dort letztendlich radikalisiert wurde, eine terroristische Ausbildung absolvierte und die USBV-Komponenten von Unterstützern erhielt. Inzwischen liegt eine Bekennung der Al-Qaida auf der arabischen Halbinsel (AQAH) vor. Bislang konnten keine Bezüge des Attentäters nach Deutschland festgestellt werden.

### **KRIMINELLE AKTIVITÄTEN VON KURDEN**

Die Auswertung der politisch motivierten Straftaten im Bereich „Ausländer“ in den Jahren 2008 und 2009 belegt einen neuen Modus Operandi. Bei vermeintlich allgemeinkriminellen Delikten Jugendlicher und Heranwachsender kurdischer Volkszugehörigkeit konnte ein planvolles, mutmaßlich organisiertes Vorgehen festgestellt werden. Insbesondere die in Gruppen begangenen Raub- und Körperverletzungsdelikte (geraubte Ketten mit türkisch nationalem Symbol, meist in Verbindung mit Angriffen auf Jugendliche türkischer Volkszugehörigkeit) waren sehr auffällig. Auf Grund der bisher vorliegenden Erkenntnisse ist zu vermuten, dass Gruppen in wechselnder Zusammensetzung und angeleitet durch Kader der Komalen Ciwan gezielt gegen türkischstämmige Personen vorgehen. Bei der Komalen Ciwan handelt es sich um die Jugendorganisation der Arbeiterpartei Kurdistan (PKK). Bei diesen durch die Polizeidienststellen im Allgemeinen als Jugendgewalt wahrgenommen und angezeigten Straftaten, wird nur in Einzelfällen der tatsächliche Staatsschutz hintergrund erkannt.

### **LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM (LTTE)**

Die sri-lankische Regierung verkündete nach mehrmonatigen heftigen militärischen Aktionen am 16.05.2009 den militärischen Sieg ihrer Streitkräfte über die tamilische Separatisten-Organisation Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE). Vor dem Hintergrund der Entwicklung des Konfliktes in Sri Lanka kam es bundesweit zu zahlreichen spontanen Protestaktionen tamilischer Volkszugehöriger, bei denen auch Straftaten verübt wurden. Während einige Tamilen nach der militärischen Niederlage der LTTE ihre politischen Ziele im Heimatland als nicht mehr erreichbar ansehen, sind andere noch unentschlossen, da für sie derzeit keine klare politische Linie der LTTE erkennbar ist. Daneben wartet ein nicht unerheblicher Teil der Tamilen immer noch auf eine Wortmeldung des LTTE-Führers Prabhakaran, dessen Tod man weiterhin nicht wahrhaben will. Aufgrund des zum Jahresende hin zu verzeichnenden Rückgangs der demonstrativen Ereignisse in Deutschland dürfte von einer grundsätzlichen Entspannung der Lage auszugehen sein.

# MASSNAHMEN

## 2 HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN/GETROFFENE MASSNAHMEN

### GETROFFENE MASSNAHMEN – „LINKS“

#### NATO-GIPFEL 2009

Bei der Gesamtbetrachtung aller mit dem NATO-Gipfel 2009 in Straßburg und Baden-Baden/Kehl zusammenhängenden Ereignisse kann konstatiert werden, dass auf deutschem Staatsgebiet ganz überwiegend friedliche Formen des Widerstands und Protests praktiziert wurden, zu denen die Ausschreitungen in Frankreich im Widerspruch stehen. Weder der Ablauf des NATO-Gipfels, noch dessen Teilnehmer und Gäste, waren durch Aktivitäten von Protestteilnehmern gefährdet. An der Versammlung des Friedensnetzes Baden-Württemberg am 04.04.2009 beteiligten sich ca. 6.000 Personen; diese bildete den Abschluss der durchgängig friedlich verlaufenen Versammlungen in Deutschland. Das geplante Zusammengehen mit der Großdemonstration in Straßburg scheiterte an den schweren Ausschreitungen auf französischer Seite. Die Einschätzung der Sicherheitsbehörden, wonach das Thema in erster Linie vom linken Spektrum besetzt wird, hat sich als zutreffend erwiesen. Rechtsmotivierte Kriminalität, politisch motivierte Ausländerkriminalität oder islamistische Bestrebungen spielten nachträglich betrachtet keine Rolle.

#### HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN – „LINKS“

Etwa drei Viertel der „Rechts/Links“-Konfrontationen entstehen auf Grund nicht vorhersehbarer Umstände, lassen also keinen Raum für die polizeiliche Strategie der Kontrahententrennung. Somit bieten lediglich entsprechende „Reiz-Objekte“ oder „-anlässe“, wie beispielhaft der Heß-Gedenktag, Ansatzpunkte für polizeiliche Intervention im Vorfeld.

Für größere und planbare Demonstrationen ist eine enge Zusammenarbeit zwischen den Dienststellen der Landespolizei und den Versammlungsbehörden – wie z. B. anlässlich des NATO-Gipfels 2009 – anzustreben. Ordnungs- und Versammlungsrecht sowie vollzugspolizeiliche Aufgaben können durch einen engen Schulterschluss gezielter koordiniert und umgesetzt werden. Um einem möglichen Solidarisierungseffekt zwischen friedlichen Demonstrationsteilnehmern und gewalttätigen Störern entgegen zu wirken, ist eine Sensibilisierung politischer Verbände und Interessengruppen bereits im Vorfeld der Einsatzlagen anzustreben.

## **GETROFFENE MASSNAHMEN – „RECHTS“**

### **AUTONOME NATIONALISTEN**

Sowohl in der Vergangenheit als auch aktuell gibt es in Baden-Württemberg einige Internetauftritte, die sich der Bezeichnung AN und der entsprechenden Ausgestaltung bedienen. Dabei kommt einer modernen und aktionsorientierten Gestaltung des Internetauftritts besondere Bedeutung zu, um gerade Jugendliche und Heranwachsende für die Inhalte zu interessieren.

### **GEMEINSAME KONZEPTIONSEINSÄTZE VON LANDESPOLIZEI UND LANDESKRIMINALAMT**

Von den Staatsschutzdienststellen des Landes wurden 163 (+ 27) Angehörige der „rechten“ Szene mit dem Ziel benannt, gemeinsam mit der BIG Rex Ansprachen im Rahmen von meist zweitägigen Konzeptionseinsätzen durchzuführen. 126 (+ 24) Personen wurden dabei tatsächlich erreicht. Bei einer Vielzahl von Angesprochenen zeigte sich, dass sich diese von der Szene und deren Gedankengut losgesagt hatten. Noch stärker als im Vorjahr wurde gerade gegenüber als „stark ideologisiert“, „Hardlinern“ bekannten Personen durch offensive Ansprache polizeiliche Präsenz und entsprechender Handlungswille gezeigt.

### **INTENSIVIERUNG DER ZUSAMMENARBEIT MIT ANDEREN STELLEN**

Intensiviert wurden 2009 Verbindungen zum Beratungsnetzwerk gegen Rechtsextremismus „kompetent vor Ort“ (Träger: Jugendstiftung Baden-Württemberg/Landesarbeitsgemeinschaft Offene Jugendbildung Baden-Württemberg e.V.) und zur „Online Beratung gegen Rechtsextremismus“ (Träger: Gegen Vergessen – Für Demokratie e.V.) sowie zu „Team meX“ (Projektleitung: Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg). Ebenso konnte die Zusammenarbeit mit den bei unterschiedlichsten Behörden angesiedelten „Aussteigerprogrammen“ des Bundes und insbesondere der benachbarten Bundesländer weiter verfestigt werden. Daneben beteiligte sich die BIG Rex an vielfältigen Beratungs- und Präventionsveranstaltungen unterschiedlichster Träger. So konnten neben Polizeibediensteten auch Multiplikatoren aus den Bereichen Schule, Jugendarbeit und Bewährungshilfe über das Programm informiert werden. Das Programm „Ausstiegshilfen Rechtsextremismus“ war auch 2009 in den Medien präsent: Anhaltendes Interesse fanden Interviews mit Ausgestiegenen, die als Multiplikatoren authentisch über Einstieg, Karriere und Lebensweg berichten und davor warnen konnten. Daneben konnte die Präsenz des Programms in fachlichen Diskursen durch zwei Veröffentlichungen intensiviert werden.

Das nach 2008 auch 2009 nochmals verstärkte offensive und konsequente Aufsuchen von Szeneangehörigen im Rahmen von gemeinsamen Konzeptionseinsätzen der Landespolizei und des LKA BW macht den Modellcharakter innerhalb der mittlerweile zahlreichen behördlichen Aussteiger- und/oder Interventionsprogramme aus.

# MASSNAHMEN

## **VORBEREITUNG EINES EXPLOSIONS- ODER STRAHLUNGSVERBRECHENS**

Durch anonyme Hinweise an die Polizei und die Staatsanwaltschaft auf ein bevorstehendes „Nazi-Outing“ und einen Angehörigen der rechten Szene, der „eine Bombe bauen“ wolle, wurde bekannt, dass der Beschuldigte seit Dezember 2008 verschiedene Chemikalien über das Internet bezogen hatte. Diese Stoffe wurden detailliert benannt. Die Angaben konnten durch die Ermittlungen der Kriminalpolizei Lörrach und des LKA BW im Wesentlichen bestätigt werden. Gegen den Hauptbeschuldigten wurde Haftbefehl erlassen, der später unter Auflagen außer Vollzug gesetzt wurde. Bei der Durchsuchung der elterlichen Wohnung konnten die beschriebenen Chemikalien, eine scharfe Pistole, ein scharfes Sturmgewehr sowie weitere relevante Gegenstände aufgefunden werden. Im Rahmen der Ermittlungen wurden zwölf weitere Durchsuchungsbeschlüsse bei acht Beschuldigten vollzogen, gegen die sich der Verdacht richtet, an der Vorbereitung eines möglichen Sprengstoffanschlags beteiligt gewesen zu sein. Dabei wurden zur Sprengstoffherstellung geeignete Chemikalien, PC-Anlagen, Datenträger, schriftliche Unterlagen und sonstige Gegenstände aufgefunden. Bislang war der Nachweis einer konkreten Anschlagplanung nicht zu führen.

## **HANDLUNGSEMPFEHLUNGEN – „RECHTS“**

Zur Aufhellung von entstehenden AN-Strukturen in Baden-Württemberg sind weiterhin eine Beobachtung der erkannten Internetauftritte und die aktive Erkenntnisgewinnung durch die örtlich zuständigen Staatsschutzdienststellen erforderlich.

## **GETROFFENE MASSNAHMEN – „AUSLÄNDER/ISLAMISMUS“**

### **ZEFIT**

Mit Beschluss der Polizeichefrunde im Dezember 2009 wurde die Zentrale Ermittlungs- und Fahndungsgruppe islamistischer Terrorismus (ZEFIT) beim LKA BW als dauerhafte Organisationseinheit eingerichtet. Aktuell sind neun Beamte der Landespolizei mit dem Ziel der Versetzung zum LKA BW abgeordnet, die durch fünf Beamte des LKA BW unterstützt werden. Eine Sollstelle ist zurzeit noch unbesetzt. Das LKA BW prüft weitere interne Personalverlagerungen zur ZEFIT, um eine möglichst hohe Personalstärke zu gewährleisten.

## **AUFENTHALTSBEENDENDE MASSNAHMEN BEI BESONDERS GEFÄHRLICH EINZUSTUFENDEN**

### **AUSLÄNDERN**

Die beim Innenministerium eingerichtete Arbeitsgruppe „Aufenthaltsbeendigung als besonders gefährlich einzustufender Ausländer“ prüft einzelfallbezogen die rechtlichen Voraussetzungen zur Einschränkung bzw. Beendigung des Aufenthalts von Personen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Arbeitsgruppe hat den Auftrag, als gefährlich einzustufende Ausländer festzustellen, den Informationsaustausch der beteiligten Behörden zu koordinieren und dafür Sorge zu tragen, dass die erforderlichen ausländerrechtlichen Maßnahmen möglichst rasch ergriffen werden. In der Arbeitsgruppe werden sowohl Schwerpunktthemen, wie z. B. Ausweisungen bei Unterstützungshandlungen der PKK/KONGRA-Gel (Volkskongress Kurdistan) oder der Ansar al Islam, als auch Einzelfälle besprochen.

### **GTAZ-PROJEKTE 2009/2010**

Durch das Inkrafttreten des § 4a BKA-Gesetz wurde auch eine neue Konstellation in der Zusammenarbeit zwischen den Sicherheitsbehörden im GTAZ auf der Ebene der Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus geschaffen. Vier Gefährdungssachverhalte wurden 2009 federführend durch das BKA nach Abstimmung mit den beteiligten Ländern im Rahmen des GTAZ bearbeitet.

### **PRÄVENTIONSHINWEISE-ISLAMISMUS**

#### **INITIATIVE „POLIZEI UND MOSCHEEVEREINE“ – FÖRDERUNG VERTRAUENSBIEDER MASSNAHMEN**

Der 2006 begonnene Prozess für vertrauensbildende Maßnahmen im Rahmen der landesweiten Initiative „Polizei und Moscheevereine“ wurde fortgesetzt. Die Zahl der „Ansprechpartner Moscheevereine“ bei den Polizeidienststellen des Landes liegt konstant bei ca. 200. Um sie in ihrer Arbeit zu unterstützen, wurden von der Geschäftsstelle Moscheevereine bei der Landesprävention des LKA BW sowie von der Akademie der Polizei in Freiburg auch 2009 Seminare und eine Arbeitstagung durchgeführt. Im Januar 2009 fand auf Initiative des IM – LPP –, die Veranstaltung „Brücken für eine gemeinsame Zukunft – Polizei, Landessportverband und junge Muslime gehen neue Wege“ mit rund 350 Teilnehmern, vorwiegend Muslimen, statt. Ziel dieser Veranstaltung war es, die Motivation und das Engagement dieser jungen Muslime im Rahmen ihrer Brückenfunktion zwischen deutscher und muslimischer Gesellschaft zu nutzen und zu fördern. Für den 14. Deutschen Präventionstag im Juni 2009 in Hannover wurde unter Federführung der Landesprävention des LKA BW der Ausstellungsstand „Heimatland Baden-Württemberg „Gemeinsam in Sicherheit leben“ zum Thema Integration und Förderung der interkulturellen Kompetenz entwickelt. Die Ausstellung greift auf einer neutralen Basis von Fakten verschiedene gesellschaftliche und insbesondere polizeiliche Probleme auf: Von der überdurchschnittlich gewaltbelasteten Erziehungsrealität in Migrantenfamilien über die erhöhten Kriminalitätsbelastungen unter Jugendlichen und Heranwachsenden bis hin zu Zwangsheirat und Islamismus.

## MASSNAHMEN

Wegen des hohen Zuspruchs bei seiner Präsentation wird der Stand derzeit als Wanderausstellung angeboten. Fast fertig gestellt ist die Arbeitshilfe „Transfer interkulturelle Kompetenz II“ (TIK II) des Programms polizeiliche Kriminalprävention der Länder und des Bundes (ProPK). Sie soll mit praxisbezogenen Anregungen eine beispielhaft angelegte Orientierungshilfe für die Polizeibeamtinnen und -beamten zum interkulturell kompetenten Umgang mit dem muslimischen Teil der Bevölkerung bieten. Die Initiative „Polizei und Moscheevereine“ lebt vor allem vom Engagement der Polizeidienststellen vor Ort und entwickelt sich bislang zufriedenstellend.

### **HANDLUNGSEMPFEHLUNG ISLAMISMUS**

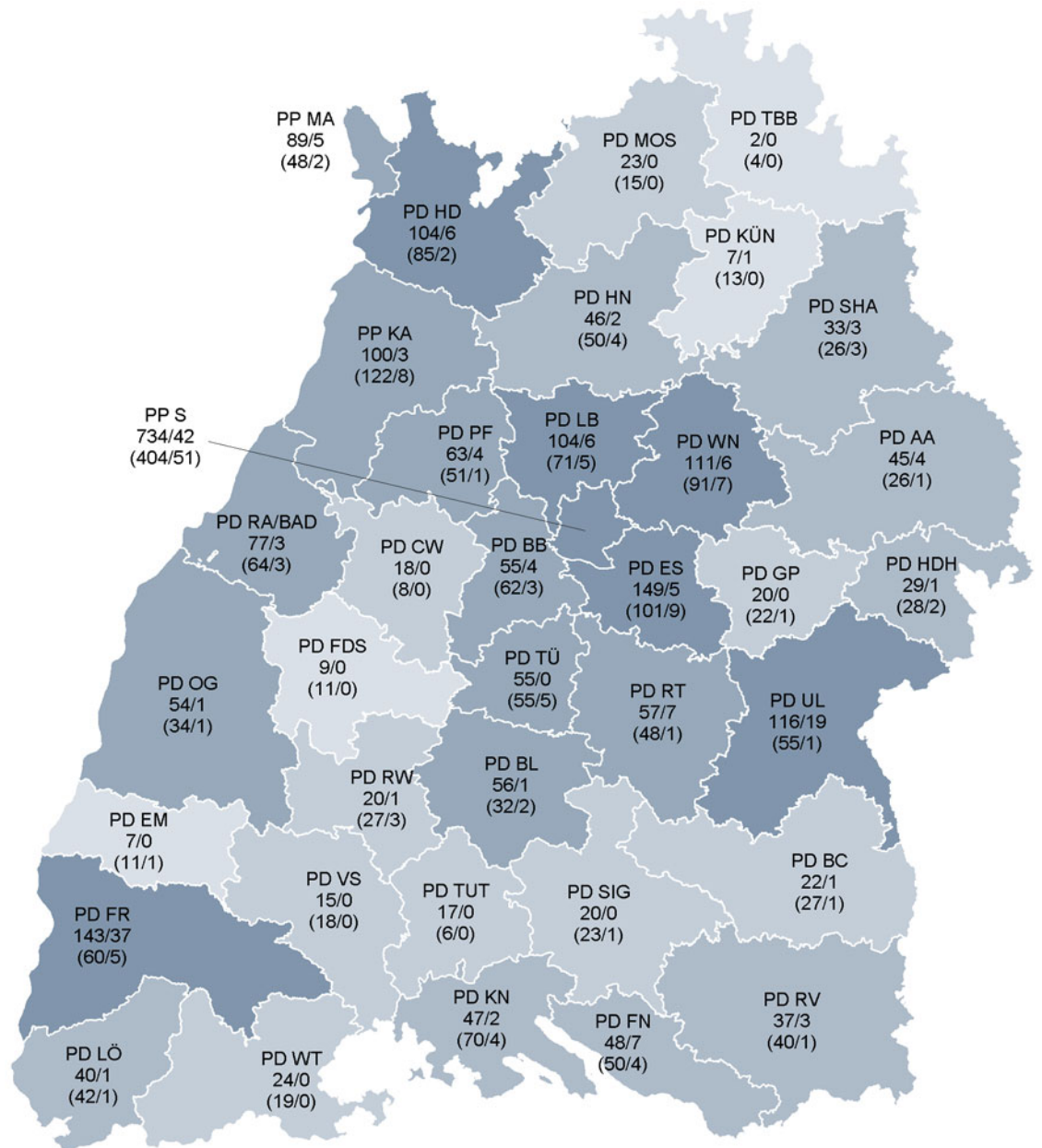
Das Bundeswehrengagement in Afghanistan sowie die damit in Verbindung stehenden Entscheidungen der Bundesregierung werden weiterhin im Fokus islamistischer Terrororganisationen stehen. Aus diesem Grund sind die vorhandenen Konzeptionen weiterhin vollständig umzusetzen.



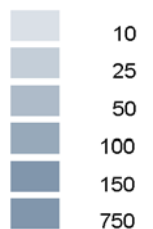
# ANLAGEN

3 ANLAGEN

REGIONALVERTEILUNG DER STRAFTATEN



Straftaten 2009/davon Gewalttaten  
(Straftaten 2008/davon Gewalttaten)



# ANLAGEN

## ZEHNJAHRESVERGLEICH FALLZAHLEN PMK

	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009
<b>Fallzahlen<sup>1</sup></b>	1.914	2.192	1.669	1.848	1.613	1.864	2.293	1.773	1.919	2.596
davon										
Ausländer	124	198	102	404	135	58	59	135	228	193
davon Islamismus	-	-	18	321	34	18	15	16	17	20
Rechts	1.470	1.449	1.097	898	914	1.166	1.351	1.089	1.220	1.269
davon Fremdenfeindlichkeit	415	387	281	219	241	221	297	258	238	214
davon Antisemitismus	231	205	161	140	99	131	138	136	127	152
Links	320	545	411	398	408	460	685	380	364	940
<b>davon geklärt</b>	763	759	661	996	739	757	1.071	679	634	808
<b>Aufklärungsquote in %</b>	39,9	34,6	39,6	53,9	45,8	40,6	46,7	38,3	33,0	31,1

## GEWALTDELIKTE PMK

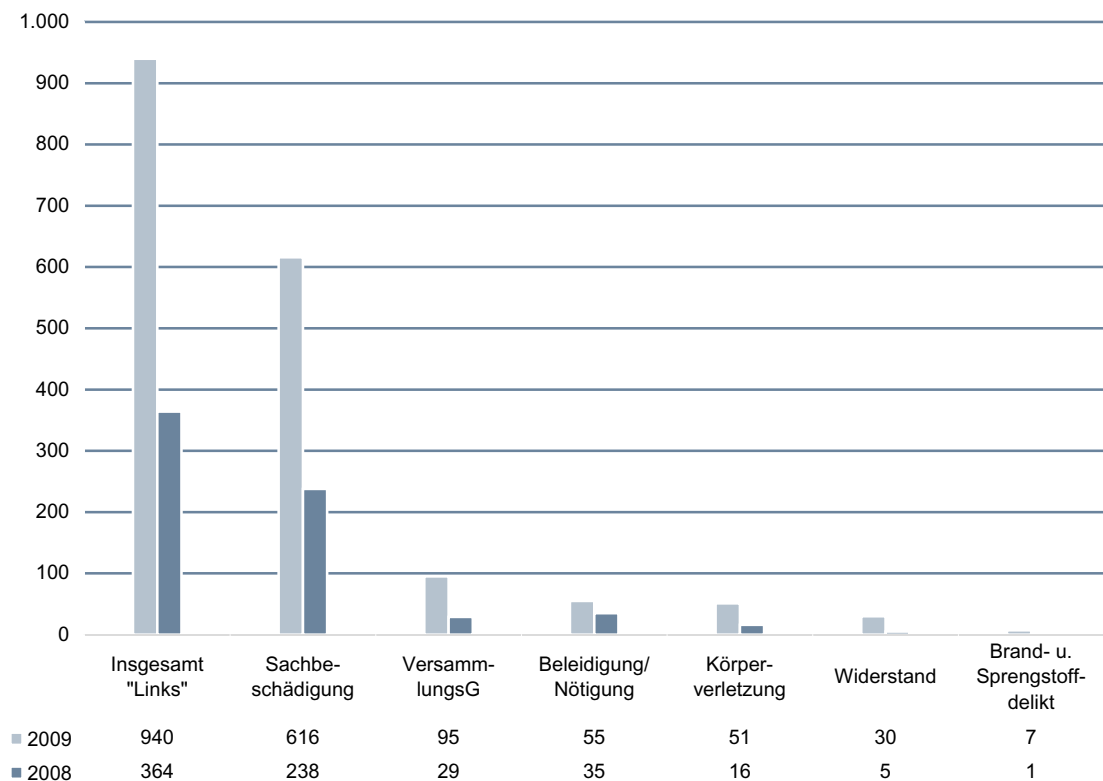
	2008	2009	Veränderung
<b>Gewaltdelikte PMK<sup>1</sup></b>	133	175	+42
davon			
Ausländer	42	29	-13
davon Islamismus	0	1	+1
Rechts	56	48	-8
davon Fremdenfeindlichkeit	26	19	-7
davon Antisemitismus	5	3	-2
Links	31	96	+65
<b>davon geklärt</b>	93	121	28
<b>Aufklärungsquote in %</b>	69,9	69,1	-0,8

## ALTERSSTRUKTUR DER TATVERDÄCHTIGEN

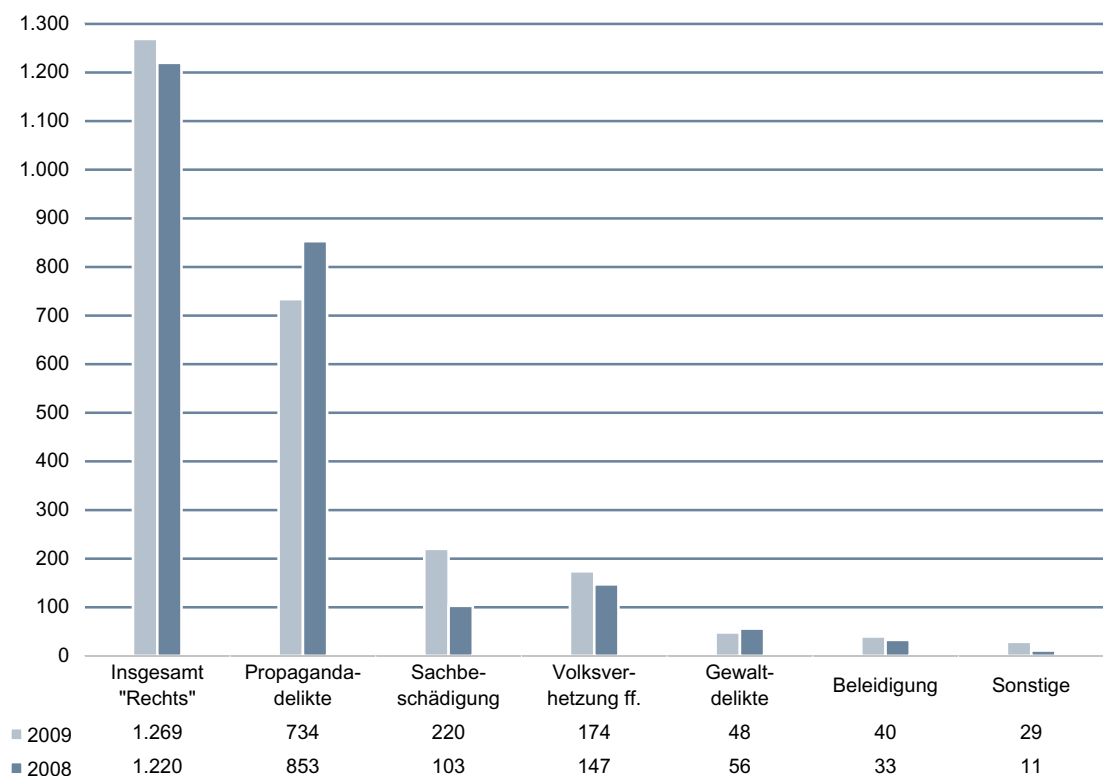
	Gesamt		Links		Rechts		Ausländer	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
<b>Gesamt<sup>1</sup></b>	<b>925</b>	<b>1.630</b>	<b>134</b>	<b>821</b>	<b>593</b>	<b>603</b>	<b>126</b>	<b>114</b>
<b>14-17 Jahre</b>	205	435	35	165	122	124	32	31
davon männlich	171	279	30	123	108	114	18	27
davon weiblich	34	56	5	42	14	8	14	4
<b>18-20 Jahre</b>	208	428	40	243	127	153	30	25
davon männlich	201	370	37	198	125	144	29	21
davon weiblich	7	58	3	45	2	9	1	4
<b>21 Jahre und älter</b>	512	867	59	413	344	328	64	58
davon männlich	466	729	45	309	322	312	58	50
davon weiblich	46	138	14	104	22	16	6	8

<sup>1</sup> einschließlich „nicht Zuzuordnende“

## FALLZAHLEN „LINKS“

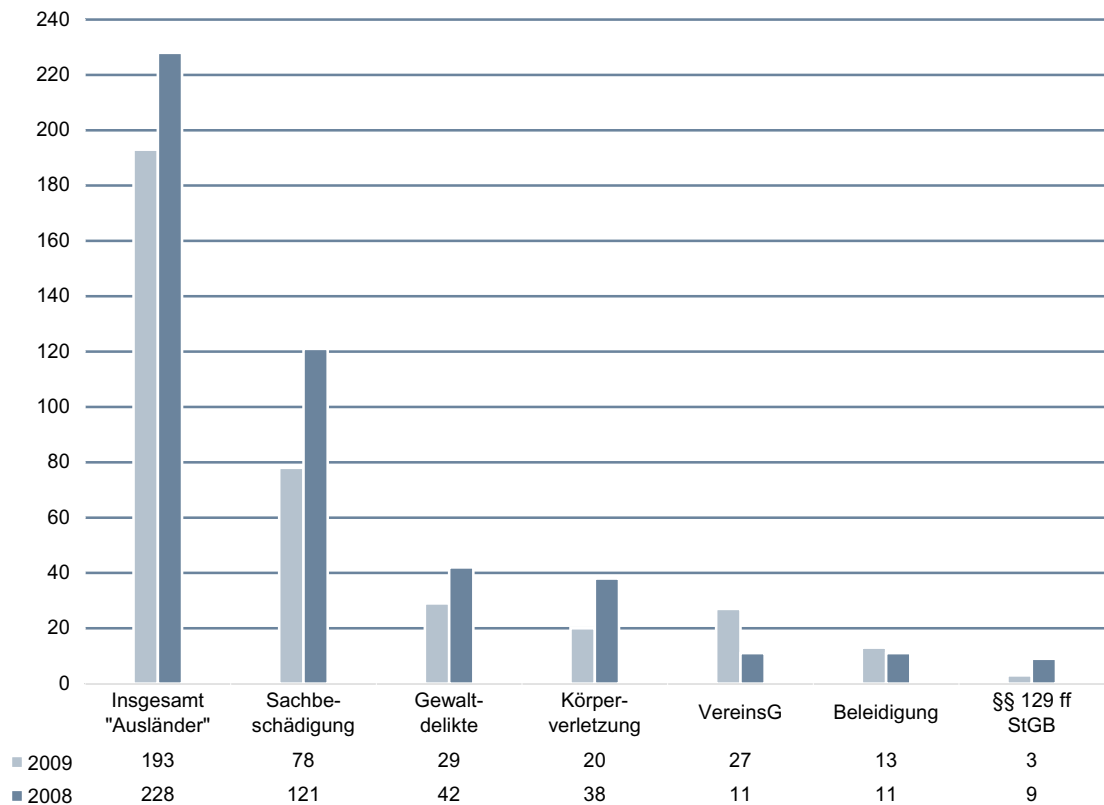


## FALLZAHLEN „RECHTS“



# ANLAGEN

## FALLZAHLEN „AUSLÄNDER“

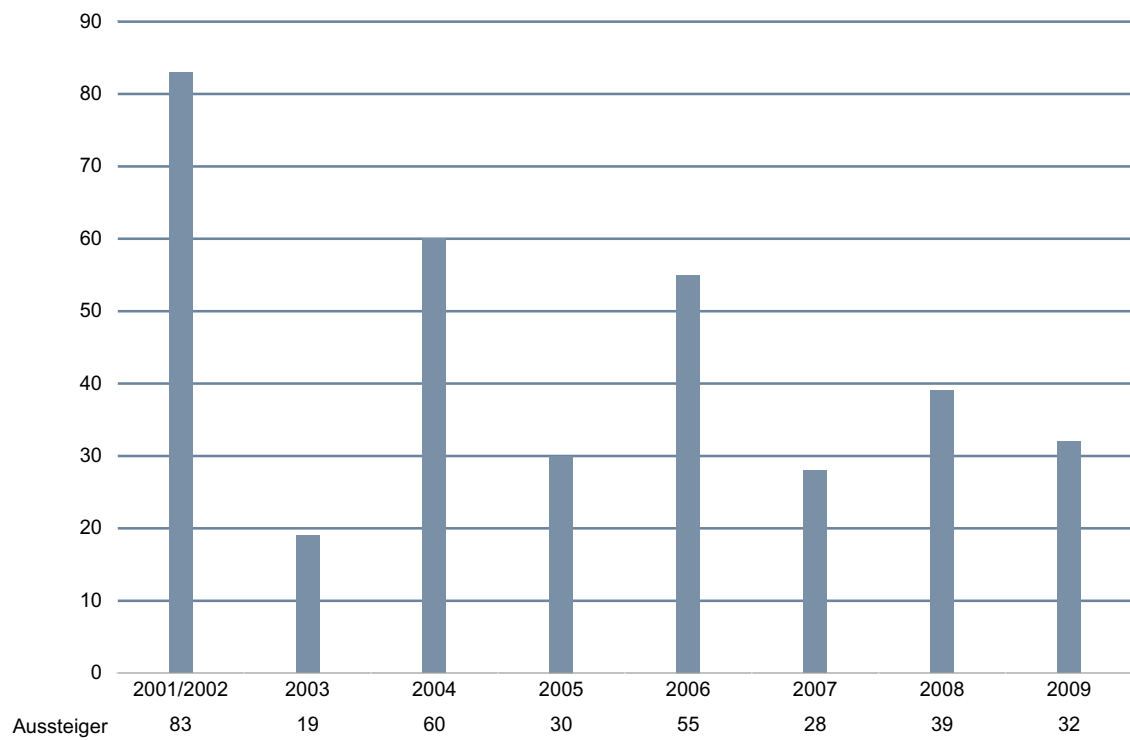


## REGIONALE VERTEILUNG DER SKINBANDS<sup>2</sup>

	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009
RP Karlsruhe	4	2	2	+/-0
RP Stuttgart	2	3	3	+/-0
PP Stuttgart	1	1	1	+/-0
RP Tübingen	4	3	2	-1
RP Freiburg	3	2	2	+/-0
überregional/nicht zuzuordnen	4	3	1	-2
<b>Gesamt</b>	<b>18</b>	<b>14</b>	<b>11</b>	<b>-3</b>

<sup>2</sup> Die regionale Zuordnung der Skinbands erfolgte anhand des Wohnorts der bekannten Bandmitglieder.

## BIG REX – AUSSTEIGER SEIT PROGRAMMBEGINN





## ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Telefon 0711 5401-2020 und -2021

Fax 0711 5401-2025

E-Mail [pressestelle-lka@polizei.bwl.de](mailto:pressestelle-lka@polizei.bwl.de)

2009

